



18  
AB

RATHAUSKLUB

### **Beschluss-(Resolutions-)antrag**

der ÖVP-Gemeinderäte/innen Mag. Barbara FELDMANN, Mag. Ines ANGER-KOCH, Ing. Isabella LEEB und Dr. Wolfgang ULM, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2013 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal)

#### **betreffend Wiener Wirtschaftsstandort – Maßnahmenpaket**

Seit vielen Jahrzehnten sind die Gleichbehandlung und Gleichwertigkeit von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein vielfach diskutiertes Thema. Insbesondere das 20. Jahrhundert ist durch eine selbstbewusste weil sinnvolle Gleichstellungsbewegung der Gesellschaft gekennzeichnet. Immer mehr Forschungsergebnisse zeigen, dass Staaten, die ihre Gesellschaft nicht an die Forderungen nach Gleichberechtigung und gleicher Verantwortung anpassen, Gefahr laufen, dadurch ihr Bevölkerungswachstum zu hemmen, die Bevölkerungsalterung zu beschleunigen und, auf lange Sicht, das Wirtschaftswachstum zu bremsen.

Wie eine letztes Jahr präsentierte Studie zeigt, glauben sechs Mal so viele Männer wie Frauen in Österreich, dass Frauen in der Arbeitswelt gleich behandelt werden. 40 Prozent der berufstätigen Männer stimmen der Aussage zu: „Am Arbeitsplatz sind Frauen und Männer gleich“. Dieser Meinung sind nur sechs Prozent der befragten Frauen. Dafür kommt fast die Hälfte (48 %) zu der Einschätzung, bis zur tatsächlichen Gleichbehandlung sei es noch ein langer Weg in Österreich. Frauen müssen im Berufsleben immer noch viele Steine aus dem Weg räumen, bei allen Fortschritten der letzten Jahrzehnte. Ein besonders großer Brocken in Österreich ist der Glaube vieler Männer, dass die Chancengleichheit mittlerweile besteht oder so gut wie erreicht ist.

Arbeitet eine Frau zum Beispiel Teilzeit, weil sie Kinder hat, zieht ein Vorgesetzter sie oft aus falsch verstandener Rücksichtnahme nicht in Betracht für eine Position mit mehr Verantwortung – selbst wenn sie die beste Kandidatin dafür ist. Immerhin 44 Prozent der berufstätigen Frauen in Österreich sagen, dass ihr berufliches Fortkommen gelitten hat, seit sie Mütter sind (Väter: 20 %). Nur 17 Prozent können auf Kinderbetreuung zurückgreifen, gravierend weniger als in Deutschland (50 Prozent). 21 Prozent der berufstätigen Mütter können auf den (Ehe-)Partner zählen, wenn es um die Betreuung der Kinder geht, jedoch 52 Prozent der Männer. Familiäre Verpflichtungen allgemein hindern 40 Prozent der Frauen am beruflichen Weiterkommen (Männer: 10 %).

Viele Frauen steigen nach der Geburt ihrer Kinder nicht auf ihren vorherigen Positionen wieder ein und erreichen später nicht die Positionen, die sie von ihrer Qualifikation her bekleiden könnten. Dieser Brain Drain wirkt schwerer als alle Ab- und Auswanderung. Arbeitgeber sollten sich das nicht länger leisten. Viele gesetzliche Initiativen haben bisher nicht den gewünschten Erfolg bzw. Veränderungen gebracht.

Verbesserungen für Frauen betreffend ihrer Einkommenssituation, Berufssituation, Armutsverhinderung, Vereinbarkeit sowie letztendlich Maßnahmen zur Anhebung der Geburtenrate sind tatsächlich nur dann erzielbar, wenn politisch die Doppelrolle der Frau als Mutter und Ernährerin anerkannt wird (da sich die Formen des Zusammenlebens erheblich



RATHAUSKLUB

verändert haben) und sämtliche dazu notwendigen unterstützenden Rahmenbedingungen geschaffen werden wie zB flexible und ausreichende Betreuungsangebote sowie weiters die entsprechenden wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Voraussetzungen.

Im Bundesländervergleich kommt Wien kaum vom Fleck. 2010 konnten sich alle Länder bei der Arbeitslosenrate gegenüber 2009 verbessern, nur Wien nicht. 2011 nahm Wien mit 9,2 % wieder den schlechtesten Platz in der Arbeitslosenstatistik ein und baut diesen letzten Platz 2012 weiter aus! Wien nähert sich der 10 %-Marke! Diese Daten werden im Budget widergespiegelt. Seit 2009 stagniert das Arbeitsmarktbudget bei 58 Mio. Euro. Die Jahre zuvor betrug es auch nur „stabile“ 56 Mio. Euro.

Die Stadtregierung setzt die falschen Schwerpunkte für den Standort Wien: So wird etwa die Wirtschaftsförderung massiv gekürzt, während Ausgaben zum Machterhalt der SPÖ wie etwa für das PID-Budget oder den überdimensionierten Subventionstopf weiter großzügig angesetzt sind. Unter dieser Situation haben insbesondere Frauen massiv zu leiden. Nicht nur deshalb hat Wien seit Jahren die höchste Frauenarbeitslosigkeit im Bundesländervergleich.

Die gefertigten Gemeinderäte/innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

#### **Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich dafür aus, dass folgende Maßnahmen innerhalb der kommenden zwölf Monate durch die zuständigen Stellen der Stadt Wien veranlasst werden:

- Schaffung hochqualitativer Arbeitsplätze für Frauen durch Quotenempfehlungen verbunden mit Aufklärung über die volkswirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Gleichstellung in einer entwickelten Gesellschaft
- Förderung von weiblichem Unternehmertum
- Förderung von Frauen in Management und Spitzenpositionen durch beispielgebende Quoten in wiennahen Unternehmungen wie Wien Holding
- Maßnahmen zur verbesserten sozialen und gesellschaftlichen Absicherung von Frauen
- Zielorientierte Maßnahmenpläne zur Schließung der Einkommensschere zwischen Mann und Frau
- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen
- Flexible Kinderbetreuungseinrichtungen (24 Stunden Kindergarten für „spezielle“ Berufsgruppen)



RATHAUSKLUB

- Stärkere Berücksichtigung der speziellen Kinderbetreuungs-Bedürfnisse von Frauen in Schulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen
- Ausweitung des Angebots an ganztägiger, hochqualitativer Betreuung im Bereich der öffentlichen Pflichtschulen
- Qualitätsvolle Lernunterstützung für Kinder in schulischer Nachmittagsbetreuung
- Maßnahmenpläne zur Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen

Im Zusammenhang mit den beschriebenen Maßnahmen und den dafür erforderlichen Ressourcen werden die zuständigen Stellen der Stadt Wien aufgefordert, budgetär entsprechend Vorsorge zu treffen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.06.2013